

Elke Ferner

(A) – wir haben eine Schulpflicht –

dann muss das mit Hartz-IV-Kürzungen sanktioniert werden.

Das heißt, die Regelleistungen sollen dann gekürzt werden. Gleichzeitig will diese Koalition ein Betreuungsgeld einführen, das genau für die Menschen gedacht ist, die ihre Kinder nicht in Kitas schicken, das heißt, die Bildungsteilnahme verhindern. Wie soll das zusammenpassen?

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Das stimmt doch gar nicht!)

– Natürlich, in Ihrem Koalitionsvertrag steht, dass diejenigen Betreuungsgeld erhalten sollen, die darauf verzichten, ihre Kinder in eine Einrichtung zu schicken.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Aber die ersten drei Jahre! – Karl Schiewerling [CDU/CSU]: Es geht um die ersten drei Jahre! Trauen Sie den Eltern nicht mehr zu, dass sie ihre Kinder ordentlich erziehen können?)

– Ich traue den Eltern zu, dass sie ihre Kinder erziehen. Ich traue aber auch den Einrichtungen zu, dass sie den Kindern guttun, besonders den Kindern, die einen Migrationshintergrund haben oder aus bildungsferneren Schichten kommen. Dabei geht es um die Frage der späteren Bildungsteilnahme in der Kita und in der Schule.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Max Straubinger [CDU/CSU]: Sie wollen alle in die Einrichtungen bringen!)

(B) Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns: Sie wollen, dass die Kinder aus den Einrichtungen herausgehalten werden. Wir wollen es den Eltern ermöglichen, dass die Kinder einen Zugang dazu haben.

(Miriam Gruß [FDP]: Das ist Unsinn! – Max Straubinger [CDU/CSU]: Das ist das sozialistische Familienbild der SPD!)

Wichtig ist für uns bei der Frage der Bildungsteilnahme auch der kostenfreie Zugang zur Infrastruktur, zu einem Mittagessen und natürlich auch zu Sport- und Musikvereinen sowie anderen Freizeitmöglichkeiten jenseits der Schule. Aber ich kann auch da nur davor warnen, das alles auf diejenigen zu beschränken, die im SGB-II-Bezug sind. Was ist denn mit den Kindern von den Eltern, die so eben jenseits der Grenzen sind? Wollen wir diese ausgrenzen? Auch da muss es Möglichkeiten geben. Deshalb, Frau von der Leyen, brauchen wir ganz schnell eine Verständigung mit den Ländern und der kommunalen Ebene, wie wir das bewerkstelligen können.

Ich kann nur dafür werben, bestehende Strukturen zu nutzen, sie auszubauen und vor allen Dingen mit der Ganztagsbetreuung sowohl im schulischen als auch im vorschulischen Bereich schneller voranzukommen, damit die Infrastruktur zur Verfügung steht. Das alles ist zeitlich sehr knapp bemessen. Insofern hoffe ich, dass wir da zu einem guten Ergebnis kommen. Ich sage Ihnen auch: Die Lösungen müssen alle verfassungskonform sein, zu etwas anderem werden wir die Hand nicht reichen.

Schönen Dank.

(C)

(Beifall bei der SPD – Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Wir auch nicht!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:
Für die FDP-Fraktion spricht nun die Kollegin Claudia Winterstein.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Claudia Winterstein (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf die Schwarzmalerei von Ihnen, Frau Ferner, und der Opposition, will ich jetzt gar nicht weiter eingehen; denn wir können positiv nach vorne schauen. Es geht wieder aufwärts, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Elke Ferner [SPD]: Trotz Ihrer Regierung!)

Es kann gar nicht oft genug gesagt werden: Die Wirtschaft boomt. Deutschland ist wieder die Wachstumslokomotive in Europa. Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie seit 18 Jahren nicht mehr. Die Erwerbstätigkeit ist nahe am Rekord des Jahres 2008. Auch beim Haushalt sind wir auf einem guten Wege. Ich bitte die Opposition, dies endlich einmal zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Man muss die Regierung auch mal loben, wenn sie gut ist!)

Bei der ersten Lesung des Haushalts 2010 hatten wir es beim Einzelplan 11 mit einem Etatentwurf der negativen Rekorde zu tun. Sein Volumen belief sich damals auf 19 Milliarden Euro mehr als im Jahr zuvor. Der aktuelle Etatentwurf hingegen ist auf dem klaren Weg zur Konsolidierung; denn sein Volumen liegt 11,3 Milliarden Euro unter dem Soll des Jahres 2010, nämlich bei 131,8 Milliarden Euro.

(D)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:
Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Hagedorn?

Dr. Claudia Winterstein (FDP):

Nein. Ich glaube, Sie werden mehr lernen, wenn Sie jetzt erst einmal weiter zuhören, Frau Hagedorn.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Zuerufe von der SPD: Oh! – Katja Kipping [DIE LINKE]: Da hat wohl jemand Angst!)

Das ist keineswegs nur ein Ergebnis der gut laufenden Konjunktur. Das ist auch das Ergebnis des aktiven politischen Handelns.

Unter SPD-Ministern kannte der Haushalt des Arbeitsministeriums immer nur eine Richtung, nämlich: Erhöhung der Ausgaben. Das galt insbesondere bei den Ausgaben für die Arbeitsmarktpolitik im Bereich von Hartz IV. Ob steigende Arbeitslosigkeit oder sinkende Arbeitslosigkeit, das Rezept hieß immer: mehr Geld.

Dr. Claudia Winterstein

(A) Diese Entwicklung haben wir gestoppt. Ich bin der Ministerin sehr dankbar, dass auch ihr Haus den notwendigen Beitrag zum Sparpaket leistet.

Im nächsten Jahr wollen wir bei den Ausgaben des Bundes für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Hartz-IV-Verwaltung 500 Millionen Euro gegenüber dem alten Finanzplan einsparen. Das ist angesichts der sinkenden Arbeitslosenzahlen vertretbar.

Im Haushaltsentwurf werden für das sogenannte Eingliederungsbudget im nächsten Jahr insgesamt 9,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. In den Folgejahren werden weitere Einsparungen möglich sein, nämlich durch die Evaluation der arbeitsmarktpolitischen Instrumente, die die Koalition vereinbart hat.

Ziel des Sparpakets ist es, das Eingliederungsbudget bis 2013 auf 8 Milliarden Euro zurückzuführen. Auf diesem Niveau lagen die Ausgaben schon einmal im Jahr 2006. Dazu muss man wissen, dass die Arbeitslosenzahlen im Jahr 2006 bei 4,5 Millionen lagen. Jetzt sind wir bei 3,2 Millionen Arbeitslosen und sind auf dem Weg, unter die 3-Millionen-Grenze zu gelangen. Das heißt, wir können das Absenken der Mittel sehr wohl vertreten und bleiben weiterhin bei einem hohen Leistungsniveau.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Frau Kollegin, darf ich Sie noch einmal unterbrechen? Die Kollegin Mast möchte Ihnen eine Frage stellen.

(B)

Dr. Claudia Winterstein (FDP):

Ich habe es schon einmal gesagt: Ich glaube, es ist besser, Sie hören erst einmal zu, weil Sie dann mehr dazulernen können

(Elke Ferner [SPD]: Dazu müssten Sie eine andere Rede halten!)

und sich Ihre Schwarzmalerei vielleicht ändern wird, weil Sie dann mehr verstehen und die Zahlen zur Kenntnis nehmen.

Rechnet man die Bundesmittel im Eingliederungsbudget auf die Zahl der Arbeitslosen nach SGB II um – das ist für Sie sehr interessant –, so ergibt sich, dass im Jahr 2006 pro Arbeitslosen 2 860 Euro zur Verfügung standen, während im kommenden Jahr 4 400 Euro zur Verfügung stehen werden. Von einem sozialen Kahlschlag kann also weiß Gott nicht die Rede sein, meine Damen und Herren von der Opposition. Nehmen Sie das einmal zur Kenntnis: 2 860 Euro und jetzt 4 400 Euro.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Einen zweiten großen Sparbeitrag erbringt dieser Haushaltsentwurf beim Arbeitslosengeld II. Das Sparpaket sieht zwei Maßnahmen vor, nämlich die Abschaffung des befristeten Zuschlags und den Wegfall der Rentenversicherungsbeitragszahlung. Frau Ferner, ich wundere mich, was Sie schon alles dazu gesagt haben und was Sie schon alles wissen. Wir sind dabei, dieses

Gesetz zu entwerfen. Insofern wollen wir doch einmal sehen, wie es dann letztendlich ausgestaltet wird. (C)

(Elke Ferner [SPD]: Hat es Aufträge aus dem Ministerium gegeben, oder nicht?)

Tatsache ist, dass 1,8 Milliarden Euro pro Jahr ausgegeben werden und dass das so nicht sonderlich sinnvoll ist. Ich denke, man kann mit dem Geld effektiver umgehen. Man muss dazusagen: Altersarmut lässt sich mit solchen Instrumenten ganz sicher nicht verhindern, sondern das geht nur mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Elke Ferner [SPD]: Die muss aber auch genug einbringen!)

Für die Einsparungen im Bereich der Sozialleistungen gilt, was der Bundesfinanzminister schon bei der Präsentation des Haushaltsgesetzes gesagt hat: Wir haben den – ich zitiere – „Sinn sozialer Leistungen dort hinterfragt, wo sie weder zum Schutz vor existenziellen sozialen Bedrohungen nötig sind noch soziale Aufstiegschancen eröffnen“. Kurzum, unser Ziel ist es nicht, Hartz IV zu optimieren. Unser Ziel ist es, optimale Chancen zum Ausstieg aus Hartz IV zu schaffen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Elke Ferner [SPD]: Aha! Und deswegen kürzen Sie die Eingliederungshilfe? Das ist doch ein Witz!)

Angesichts der guten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird die Bundesagentur für Arbeit schon in diesem Jahr ein deutlich geringeres Defizit aufweisen als zunächst befürchtet; es wird wahrscheinlich bei 8 bis 9 Milliarden Euro liegen. Auch durch die Anhebung des Beitragssatzes von 2,8 auf 3 Prozent wird sich die Finanzgrundlage für die BA bessern. Deshalb bleibt es dabei: Wir haben in diesem Jahr einen Zuschuss gewährt. Im kommenden Jahr wird aber ein Darlehen gewährt. Das muss zurückgezahlt werden. Es gibt keinen Zuschuss mehr. (D)

Meine Damen und Herren, mit diesem Haushaltsentwurf liegt zum ersten Mal seit Jahren ein echter Sparhaushalt vor. Das ist ein ganz entscheidender Wendepunkt. Dem Vorwurf der sozialen Schiefelage, der immer wieder geäußert wird, können wir ganz gelassen begegnen.

(Elke Ferner [SPD]: Ja, ja! Sie können das!)

51,7 Prozent des Bundeshaushaltes,

(Elke Ferner [SPD]: Ich sage nur: Mövenpick!)

158,8 Milliarden Euro,

(Katja Mast [SPD]: Ich sage nur: Atomwirtschaft!)

sind im Jahre 2011 für den Bereich der sozialen Sicherung vorgesehen.

(Elke Ferner [SPD]: Pharmaindustrie!)

Dr. Claudia Winterstein

- (A) Das ist mehr als jemals unter der rot-grünen Regierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich sage nur: 5 Prozent!)

Wir gehen in dieser Regierung den verantwortungsvollen Weg einer dauerhaften und echten Konsolidierung des Haushalts, indem wir die Ausgaben tatsächlich senken. Das sind wir auch der jungen Generation schuldig; denn Kinder können auf Schuldenbergen nicht spielen.

Danke.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Das Wort zu einer Kurzintervention hat nun die Kollegin Hagedorn.

(Axel E. Fischer [Karlsruhe-Land] [CDU/CSU]: Ich dachte, die spricht nachher noch!)

Bettina Hagedorn (SPD):

Frau Kollegin Winterstein, ich habe mich gemeldet, weil Sie meine Zwischenfrage bedauerlicherweise nicht zugelassen haben.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Haben Sie denn inzwischen etwas gelernt, Frau Hagedorn?)

- (B) Da wir von der medialen Öffentlichkeit beobachtet werden, sollten wir dazu beitragen, dass aufgeklärt und nicht versucht wird, die Menschen zu verdummen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben vorhin einen sehr kruden Vergleich angestellt, als Sie gesagt haben, die Neuverschuldung sei 2009 gegenüber 2008 enorm gestiegen und 2011 werde sie im Vergleich zu 2010 gesenkt. Damit haben Sie in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, der vorliegende Haushalt sei ein Sparhaushalt.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Das ist er auch!)

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass der Haushalt, der 2010 aufgestellt worden ist, die höchste Neuverschuldung der Nachkriegszeit bedeutet hat. Auch wenn wir, was wir alle hoffen, aufgrund der guten Konjunkturlage und des gestiegenen Wachstums, das vermutlich 3,4 Prozent betragen wird, bei einer Neuverschuldung von gut 50 Milliarden Euro landen, wird sich das Haushaltsjahr 2010 diesen Spitzenplatz in der gesamten Nachkriegszeit mit dem Haushaltsjahr 2011 teilen, weil Sie jetzt eine Neuverschuldung in Höhe von 57 Milliarden Euro vorgehen haben.

(Paul Lehrieder [CDU/CSU]: Scheinheilig!)

Geben Sie mir außerdem recht, dass den dritten Platz der Haushalt 1996 von Theo Waigel einnimmt und dass das Haushaltsjahr, das Sie herangezogen haben, das

- Haushaltsjahr nach der Finanz- und Wirtschaftskrise war, also nach dem Fall von Lehman Brothers? (C)

(Otto Fricke [FDP]: Was stand denn in eurem Finanzplan? – Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Die Frau Kollegin Hagedorn hat immer noch nichts gelernt! – Paul Lehrieder [CDU/CSU]: Nichts gelernt, aber alles vergessen!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:
Frau Kollegin Winterstein, bitte.

Dr. Claudia Winterstein (FDP):

Liebe Bettina Hagedorn, ich will gerne auf diese Fragen antworten. Vor allen Dingen möchte ich darauf hinweisen, dass es schon ein Leben vor der Krise gab. Es gab Zeiten, in denen wir sprudelnde Steuereinnahmen zu verzeichnen hatten, in denen wir sehr wohl in der Lage gewesen wären, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen,

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: So ist es!)

in denen wir sehr wohl auch in der Lage gewesen wären, für den Bereich Arbeit und Soziales einen wesentlich besseren Haushalt vorzulegen. Diese Chance ist von Ihnen vertan worden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

In guten Zeiten sollte man etwas zurücklegen, damit man in schlechten Zeiten etwas hat.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Genau! Spare zu guten Zeiten!)

Diese wahnsinnig hohe Neuverschuldung haben wir auch Ihrer schlechten Regierungszeit zu verdanken;

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Anette Kramme [SPD]: Die arme Frau Merkel!)

sonst würden wir uns heute nicht in dieser Situation befinden.

Nehmen Sie insofern doch bitte auch zur Kenntnis, dass wir jetzt – das habe ich auch gesagt – auf einem sehr guten Weg sind, weil wir bei uns sparen und diesen Haushalt durch eigene konsequente und dauerhafte Sparmaßnahmen sozusagen wieder auf die gerade Schiene bringen wollen und nicht über Steuereinnahmen versuchen, zu sanieren. Es ist leider so, dass das jetzt Zeit benötigt, weil die Verschuldung derartig hoch ist. Damit müssen wir leben. Umso wichtiger ist aber, dass wir jetzt wirklich intensiv sparen. Auf diesem Wege sind wir.

Insofern sind die Maßnahmen, die wir ergriffen haben, sehr ausgewogen: Auf der einen Seite sorgen wir eben tatsächlich für Einsparungen, auf der anderen Seite haben wir aber sehr wohl auch die soziale Komponente im Blick. Dementsprechend haben wir unsere Sparmaßnahmen sozialverträglich angelegt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(D)